

Scheinheilige Krokodilstränen über Bildungsungerechtigkeit durch Corona

Sozial Benachteiligte stärker betroffen

Der Sozialbericht NRW, der einmal mehr die zunehmende soziale Kluft in NRW aufzeigt, war kurzzeitig Thema der Titelseiten und beklagender oder anklagender Kommentare. Politische Signale, die auf eine strukturelle Veränderung hindeuten, gab es, wie gewohnt, nicht. Einschätzungen vom Vorsitzenden der GGG NRW

BEHREND HEEREN



Behrend Heeren
Vorsitzender der
GGG NRW

Im Bereich Bildung verhält es sich nicht anders. Der Bildungsbericht Ruhr 2020, der auch Thema in dieser ISA ist, belegt mit konkreten Zahlen zum wiederholten Male, wie der sozial schwache Norden des Ruhrgebietes nicht etwa gezielt gestärkt wird, sondern zusätzlich zur sozialen Benachteiligung auch im Bereich Bildung mit staatlicher Billigung schlechter versorgt ist.

Diskussion um Distanzunterricht

Auch durch Corona wurde das kein grundsätzliches Thema. Es spielte natürlich in der speziellen Diskussion um den Distanzunterricht in digitaler Form eine Rolle. Es wurde zum einen deutlich, dass es in NRW immer noch keine landesweite Struktur gibt, die guten digitalen Unterricht erlaubt. Weder von der Hardware her, noch von notwendi-

ger Schulsoftware, noch von den personellen Ressourcen. Ein Armutszeugnis für die Landesregierung und hier speziell für die FDP, deren Chef Lindler sich so gerne auf der allgemeinen, unverbindlichen Ebene über die Notwendigkeit von Digitalisierung auslässt.

In NRW wurde die offenkundige Benachteiligung von Schüler*innen in sozial schwachen Verhältnissen auch dazu instrumentalisiert, um schulische Varianten zwischen vollständigem Präsenzunterricht und Distanzunterricht abzublocken. Obwohl alle Experten schon im Sommer 2020 das Ansteigen der Infektionen für den Herbst und Winter prognostizierten, versuchte das MSB mit der Formel vom angepassten Regelbetrieb seine Untätigkeit bei der Entwicklung von Zwischenlösungen zu legitimie-

ren. Modelle für Präsenzunterricht in reduziertem Umfang mit kleinen Lerngruppen waren unerwünscht. Siehe das in dieser ISA beschriebene Beispiel Solingen.

Es geschah aber auch viel zu wenig, um in der Fläche guten Distanzunterricht zu ermöglichen. Neben dem Bund stellt das Land Mittel zur Verfügung, weist aber die Verantwortung für eine Umsetzung, die in etwa gleichwertigen Distanzunterricht für alle Schüler*innen gewährt, von sich. Wenn etwas nicht klappt, zeigt die Ministerin in gewohnter Manier gerne auf andere, vornehmlich auf die Kommunen. Das Ergebnis ist z. B., dass eine Gesamtschule im Dortmunder Norden für ca. 1.000 Schüler*innen gut 700 iPads erhält, während in einer anderen Kommune 400 iPads gleichmäßig auf ihre Schulen verteilt werden.

Priorität „Abitur“

In öffentlichen Diskussionen um Schließung oder Öffnung von Schulen verweist die Schulministerin gerne darauf, dass Präsenzunterricht gerade für Schüler*innen aus sozial schwachen oder bildungsfernen Familien besonders wichtig sei. Gerne werden dabei auch die Begriffe Chancengleichheit und Bildungsbenachteiligung benutzt. Im deutlichen Gegensatz dazu spie-

len diese Aspekte in den großen Gesprächsrunden der Ministerin mit den Verbänden für sie selbst eine untergeordnete Rolle. Hier dominiert seit einem Jahr die Sorge um ein „normales“ Abitur mit gewohnten Prüfungsritualen die Gespräche. Um das zu ermöglichen, sollen zuerst die Abiturient*innen zur Vorbereitung auf die Prüfungen in den Genuss des Präsenzunterrichts kommen.

So wird die Auffassung der Mehrheit der Verbände und Gewerkschaften, die sich gegen ein Vorziehen der Abschlussjahrgänge auf Kosten der übrigen Schülerjahrgänge ausgesprochen hat, ignoriert. Gern aufgegriffen wird dagegen der Wunsch der gymnasialen Verbände, die Abiturient*innen vorzuziehen. Und nicht genug damit, es wird auch noch die Q1 dazu genommen. Damit die Klientelversorgung nicht allzu deutlich wird, nimmt man den Abschlussjahrgang der SI mit dazu. Entsprechend fällt die Reaktion des gymnasialen Elternverbandes in der Pressemitteilung vom 14.02. 2021 aus: „Zwei von drei wichtigen Forderungen der Landeselternschaft der Gymnasien erfüllt - weiter so!“ Um zu verstehen, was das mit Chancengerechtigkeit zu tun hat, muss man vermutlich die FDP-Brille der Ministerin aufhaben.

► GGG NRW:
Stellungnahmen
u.v.m.



Offensichtliche Absicht

Verwundern kann das allerdings kaum, wenn man beobachtet, was sich anscheinend im Zusammenhang der geplanten Einführung eines schulscharfen Sozialindex abzeichnet. Da im nächsten Landeshaushalt für den Bereich sozialindizierter Lehrerstellen keine weiteren Stellen vorgesehen sind, können die Stellen nur umverteilt werden. Mathematisch korrekt, aber inhaltlich unsinnig, verschwindet ein Großteil der Gesamtschulen aus der bisherigen schwächsten Standortstufe fünf ins gehobene Mittelfeld der neuen Sozialindexstufen. Das MSB kommentiert die neue Einteilung dann so: „Aus der Tabelle geht hervor, dass sich rund 3 Prozent aller Schulen in den Sozialindexstufen 7 bis 9 (höchste Belastung) befinden, wohingegen rund 75 Prozent aller Schulen den Indexstufen 1 bis 3 zugeordnet werden“ (Schulausschussvorlage 30.09. 2020). Entsprechend des methodischen Ansatzes sind in den Indexstufen 7 bis 9 fast ausschließlich die eher kleinen Grund- und Hauptschulen zu finden. Von daher ist es naheliegend, wohin die Umverteilung geht. Mit der vorgeschobenen Begründung, die reichlich vorhandenen Stellen für Sonderbedarfe zielgenauer verteilen zu

wollen, wird tatsächlich eine benachteiligte Schülergruppe gegen eine andere ebenfalls benachteiligte Gruppe ausgespielt. Es ist zu hoffen, dass mindestens die CDU als Koalitionspartner dieses perfide Spiel nicht mitmacht. Aber sicher ist das noch lange nicht.

Rainer Dahlhaus und Werner Kerski beschreiben in ihrem Beitrag in dieser ISA die methodische Vorgehensweise, die dem neuen schulscharfen Sozialindex zugrunde liegt. Sie machen deutlich, dass letztlich die Auswahl der Methode durch das MSB interessengeleitet ist. Für die GGG NRW kommt es jetzt darauf an, die Fallstricke auf der methodischen Ebene sichtbar zu machen und ihre Forderungen zur Umsetzung eines schulscharfen Sozialindex zu konkretisieren. ◀



Info

Stellungnahmen und andere Veröffentlichungen auf

der GGG-Homepage unter:

▶ www.ggg-web.de/nw-aktuell

Pressemitteilung - Kurzfassung

Die Ministerin geigt das hohe Lied der Abschlüsse unter Missachtung des Gesundheitsschutzes

Ministerin ignoriert Gesundheitsschutz für die Abschlussjahrgänge

Nach der neuen Schulmail haben die Abschlussjahrgänge und Q1 Unterricht in voller Klassen/Kursstärke. (...) Es gibt keine vorgeschriebenen Abstandsregeln oder FFP2-Masken. Das ist gegenüber den Schüler*innen und Lehrer*innen unverantwortlich.

Die Mehrzahl der Schüler*innen werden zu Schülern zweiter Klasse

(...) „Bereits die Öffnung der Schulen für die Abschlussklassen hat fatale Auswirkungen für die Schulen“, sagte Ralf Radke Vorsitzender der LEIS-NRW. So werden die Ressourcen der Schulen in der Art gebunden, dass der Distanzunterricht für die Klassen 5,6,7,8,9 und EF nicht mehr in dem bisher gewohnten Umfang und in der bisher erreichten Qualität erteilt werden kann.

Ministerin wälzt wieder Verantwortung ab

Die Schulleiter*innen sind für den Gesundheitsschutz in der Schule verantwortlich. Dazu brauchen sie insbesondere in Zeiten der Pandemie klare, rechtlich verbindliche Vorgaben. (...) Diese fehlen jetzt völlig. Damit wälzt die Ministerin die Verantwortung für den - unter virologischen Aspekten unverantwortlichen - Unterricht in großen Klassen auf die Schulleiter*innen ab. (...)

Ministerin degradiert Verbändegespräche zu Alibirunden und für PR-Zwecke

Die Überwiegende Mehrheit aller Verbände hat sich auch bei dem Gespräch mit dem Ministerium gegen eine Bevorzugung der Abschlussjahrgänge auf Kosten der übrigen Schüler*innen ausgesprochen. (...) Wiederholt hat die Ministerin zur Begründung ihrer Entscheidungen auf die Einbeziehung der Verbände verwiesen, obwohl sie die deren Meinung faktisch ignoriert.

Die Ministerin hat noch immer kein Pandemiekonzept für die Schulen

Mit ihrer Formel vom „angepassten Regelbetrieb“ ignoriert die Ministerin im Kern, dass Corona auch die Schulen erreicht hat. (...) Die Ministerin ist offensichtlich nach ihrem Verständnis nicht in der Hauptverantwortung für die Schulen in NRW. Gebetsmühlenartig verweist sie bei allen Problemen auf andere. Mal sind das die Schulen, mal die Schulträger, mal die Gesundheitsämter oder die Verkehrsbetriebe, nie aber sie als letztendlich politisch Verantwortliche. „Wir sind entsetzt, dass es der Ministerin auch nach 11 Monaten Pandemie immer noch am Willen fehlt, den Präsenzunterricht durch ein umfassendes Infektionsschutzkonzept abzusichern.“ so Ralf Radke.



Ralf Radke
Vorsitzender
LEIS NRW e.V.



Berhend
Heeren
Vorsitzender
GGG NRW e.V.

Die vollständige
Pressemitteilung
vom 15.2.2021
finden Sie unter:
▶ www.ggg-web.de/nw-aktuell